
Bernd Kölmel MdEP • 60, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Herrn Fraktionsvorsitzenden
Manfred Weber
Mitglied im Europäischen Parlament
60, Rue Wiertz
B-1047 Brüssel

Brüssel/Straßburg, den 14.01.2019

Offener Brief als Antwort auf Ihr Interview in der Hannoversche Allgemeine Zeitung am 28. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Kollege Weber,

Ihre Kollegen aus der Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformen“ - Hans-Olaf Henkel, Bernd Kölmel, Joachim Starbatty und Ulrike Trebesius - antworten Ihnen aus zwei Gründen auf Ihr Interview „Es braucht mehr Empathie - auch von uns Deutschen“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 28. Dezember 2018):

- Sie sind der Spitzenkandidat der Parteienfamilie „Europäische Volkspartei“ (EVP) und damit ein aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge von Jean-Claude Juncker. Das Interview kann als Ihr Regierungsprogramm in Kurzfassung gelesen werden.
- Weiter zeigt es, welchen Ton Sie in Ihrem Europawahlkampf anschlagen wollen.

Büro Brüssel
60, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel. 0032 (0)228 477 01
Fax 0032 (0)228 497 01
bernd.koelmel@europarl.europa.eu

Wir wählen die Form eines offenen Briefes, den wir vor der am 15.01.2019 geplanten öffentlichen Bekanntgabe zunächst nur Ihnen zusenden, um eine breitere Öffentlichkeit mit Ihren Thesen bekanntzumachen. Wir dokumentieren jeweils zentrale Aussagen aus Ihrem Interview (*kursiv*) und kommentieren sie.

Bei der Wahl geht es um die Frage, ob Anti-Europäer so stark abschneiden, dass sie Europa wie wir es kennen und schätzen, zerstören können. Wir stehen vor einer Schicksalswahl.

Wir stimmen Ihnen zu, dass bei den Wahlen zum Europäischen Parlament die Weichen für die Zukunft der Europäischen Union gestellt werden. Aber welches Europa meinen Sie? Im Europäischen Parlament (EP) plädieren Sie für „mehr Europa“. Wir müssen davon ausgehen, dass Sie damit mehr Macht für die Europäische Kommission und für das EP meinen und somit zwangsläufig für mehr Zentralisierung, mehr Harmonisierung und mehr Sozialisierung stehen, von der damit verbundenen Bürokratisierung ganz abgesehen. Sie erwähnen nicht, dass dies zwangsläufig zu schrumpfender Wettbewerbsfähigkeit der EU und weiterer Entmündigung ihrer Bürger führen muss. Wir setzen Ihrer Parole „mehr Europa“ de Gaulles „Europa der Vaterländer“ entgegen, ein Europa der Vielfalt, der Subsidiarität und der Eigenverantwortung eines jeden Landes für die Folgen seiner Politik. Für uns ist Europa bedeutend und liebenswert geworden, weil die Völker sich nicht einer zentralen Herrschaft unterworfen haben, sondern ihren eigenen Weg gesucht und gefunden haben. Sie haben im Wettbewerb voneinander gelernt.

Für Sie sind politische Wettbewerber, die nicht ihre Auffassung von „mehr Europa“ teilen, Anti-Europäer. Mit diesem Argumentationsstil - bei uns ist das Licht, bei den anderen die Finsternis - geben Sie zu erkennen, dass Sie nicht über die zukünftige Entwicklung der EU diskutieren wollen und dass Andersmeinende in Acht und Bann gehören.

Die EU muss eine sozialere Union werden. Heute gilt sie als eine Union der Wirtschaft, der Banken, der Rettungsschirme.

Wenn das so ist, warum erklären Sie nicht die Gründe dafür? Wir nennen einen wichtigen Grund: Die verantwortlichen Politiker haben in der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 2010 die „No-Bailout-Klausel“ handstreichartig außer Kraft gesetzt. Weil Mitgliedstaaten nicht wegen Zahlungsunfähigkeit aus der Eurozone ausscheiden sollen, schlüpfen sie nun unter europäische Rettungsschirme und stehen seitdem unter der Kuratel der Gläubigerstaaten, die sich ihrerseits gezwungen sehen, finanzpolitische Solidarität einzufordern. Haben Sie in den Debatten des EP nicht mitbekommen, welcher Unfriede daraus entstanden ist?

Ich will, dass das Modell der sozialen Marktwirtschaft europaweit greift.

Die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft - Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack und die Ordoliberalen - haben das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in einer Wettbewerbsordnung verankert, weil nur bei wirtschaftlicher Freiheit die Mittel erwirtschaftet werden, um sozial wirken zu können. Dagegen stellen Sie auf Umverteilung ab.

Dafür braucht es mehr Empathie - auch von uns Deutschen.

Sie hätten die Katze auch gleich aus dem Sack lassen können: Für Sie heißt mehr Empathie mehr Umverteilung. Das ist der falsche Weg zu einer sozialeren Union. Wenn Sie bedürftigen Mitgliedstaaten mehr finanzielle Mittel zukommen lassen, helfen Sie denen zwar, aktuelle Notsituationen zu überstehen, doch muss eine kluge Politik diesen Ländern die Möglichkeit geben, Verdienstmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven für die eigene Bevölkerung zu schaffen. Der Euro ist daran schuld, dass sie dazu nicht mehr in der Lage sind. Seine Einführung hat die

Eurozone nicht geeint und den Wohlstand erhöht wie versprochen und erhofft, sondern gespalten. Seit Einführung des Euro hinkt das Wachstum der Eurozone hinter dem der Nicht-Eurostaaten in der EU und der Weltwirtschaft hinterher.

Es ist kein Zufall, dass zum Beispiel in Italien Populisten regieren. In Rom wurden viele Fehler gemacht. Aber Europa hat Italiens Nöte, die Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation, zulange vernachlässigt.

Wo liegen die Ursachen für die Perspektivlosigkeit dieser Generation? Wie in anderen südeuropäischen Ländern auch wurde in Italien nach Einführung des Euro die bisherige Möglichkeit verbaut, verlorengegangene Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertungen zu kompensieren. Seitdem stagnieren Wachstum und Beschäftigung. Italiens Anteil am Welthandel hat sich halbiert. Europa hat Italien nicht nur „zu lange vernachlässigt“, der Euro hat die Wirtschaft dort geradezu stranguliert.

Wir sollten die Regierung zur Einhaltung von Regeln auffordern, aber auch mit ihr einen Investitionsplan für Italiens Zukunft erarbeiten. Die EU hat da viele Ressourcen - sie müssen richtig eingesetzt werden.

„Zur Einhaltung von Regeln auffordern“ kann doch nur ein frommer Wunsch sein. Zu den zuletzt erzielten Verständigungen der Kommission mit der italienischen Regierung sagt der Präsident der Deutschen Bundesbank, Jens Weidmann: „Der ursprünglich zugesagte Defizitabbau ist kassiert worden. Es wird der Kommission und anderen Regierungen künftig noch schwerer fallen, auf solide Staatsfinanzierung zu drängen.“ Wie soll denn der Investitionsplan aussehen, der Italiens jüngere Generation bei fehlender internationaler Wettbewerbsfähigkeit wieder Perspektiven verschafft? Sie nehmen offensichtlich an, wie die meisten Ihrer Kollegen, dass die Einrichtung und Nutzung von Fonds schon Heilung brächten.

Wer entscheidet, trägt Verantwortung. Deswegen kommt für mich eine europäische Arbeitslosenversicherung, wie sie die SPD fordert, nicht infrage.

Diese Aussage kommt uns allzu bekannt vor. Hat nicht schon die „No-Bailout-Klausel“ festgeschrieben, dass weder die Gemeinschaft noch ein Mitgliedstaat für die finanziellen Verpflichtungen eines anderen Mitgliedstaates eintreten? Sollte nicht das erste Rettungspaket für Griechenland schon das letzte gewesen sein? Sollten nicht jede der inzwischen über einhundert Verletzungen der Stabilitätskriterien zu finanziellen Konsequenzen führen? Gehörte nicht die Einführung eines Budgets für die Eurozone zur roten Linie, die nicht zu übertreten sei? Tritt nicht inzwischen auch schon Jean-Claude Juncker, Mitglied Ihrer Parteienfamilie, für eine europäische Arbeitslosenversicherung ein?

In Deutschland ist es kein Problem, einen Rostocker nach Stuttgart zu vermitteln - die Informationen liegen dem Jobcenter vor. Für Europa fehlt ein funktionierendes System. Junge Spanier wissen oft nicht, dass ihre Fertigkeiten in Ingolstadt oder Dortmund gefragt sind.

Natürlich wären diese jungen Spanier bei uns willkommen, aber haben Sie einmal darüber nachgedacht, was das für eine Politik ist, die dazu führt, dass den Heimatländern diese Qualifikationen verloren gehen? Wer soll denn in diesen Ländern investieren, wenn es deren junge Leute wegen fehlender Perspektiven in andere EU-Länder zieht? Natürlich profitiert dann der deutsche Arbeitsmarkt von den wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten. Meinen Sie wirklich, dass sich die Menschen die Zukunft Europas so vorgestellt haben?

Kommt es zum harten Brexit? Das entscheiden ausschließlich die Briten. Ein guter Vertrag liegt auf dem Tisch. Ich wünsche mir, dass das Unterhaus ihm zustimmt.

Ist Ihnen entgangen, dass auch die Europäische Union ihren Anteil am Brexit hat? Die Briten haben sich auf die Einhaltung des Vertrages von Lissabon verlassen. Stattdessen wurde gegen entscheidende Prinzipien dieses Vertrages immer wieder durch „Brüssel“ verstoßen: Statt Subsidiarität gab es Zentralismus, statt Eigenverantwortung wurde die Vergemeinschaftung von Staats- und Bankschulden betrieben, statt auf Wettbewerb zwischen den Ländern auf Harmonisierung gesetzt!

Wir hätten uns während der Brexit-Kampagne einmischen sollen. Wir hätten den Briten sagen sollen: Bleibt bei uns. Der Brexit ist zwar eine nationale Entscheidung, sie betrifft uns aber alle immens. Unser Schweigen war ein Fehler.

Nicht nur das Schweigen war ein Fehler! Wäre die EU David Camerons Bitte nach mehr Autonomie bei der Freizügigkeit entgegengekommen, wäre das Referendum anders ausgefallen. Im Übrigen hat die EU im Jahre 2003 einem Antrag Gerhard Schröders für eine Übergangszeit für polnische Arbeitnehmer entsprochen.

Die Briten haben sich entschieden. Als Demokraten müssen wir das akzeptieren. Die Briten wiederum müssen mit den negativen Folgen ihres Austritts leben. Klar ist aber: Die Tür der EU bleibt für Großbritannien offen.

Wissen Sie eigentlich um die negativen Folgen des Brexit auch für die Europäische Union? Ist Ihnen bewusst, dass ökonomisch gesehen der Austritt Großbritanniens gleichbedeutend ist mit dem Auszug von 19 kleineren und mittleren Ländern der EU?

Wissen Sie, dass Großbritannien schon heute der größte Kunde europäischer Waren ist, noch vor China und den USA? Anscheinend nicht, sonst hätten Sie anders auf die Initiative „A New Deal for Britain“ reagiert, die sich nicht an London, sondern an Brüssel richtet und zum Ziel hat, den Briten durch Gewährung von mehr Autonomie bei der Zuwanderung das Verweilen in der EU zu ermöglichen. Wer auf die verheerenden Folgen eines Brexit auf die EU so antwortet wie Sie, hat die Alarmglocken immer noch nicht gehört.

Um die Wähler von Europa zu überzeugen, werde ich als Kommissionspräsident einen Masterplan im Kampf gegen Krebs auflegen.

Die EU ist in einer existentiellen Krise. Das Euro-System funktioniert nicht und wird nur durch Rechtsbrüche (monetäre Staatsfinanzierung) am Leben erhalten. Die Briten fliehen vor Zentralismus und Überregulierung. Der Osten Europas wird entfremdet. Der Schutz der Außengrenzen funktioniert nicht zufriedenstellend. Aufgaben genug, sollte man meinen. Und Sie wollen durch mehr Zentralplanung in der Forschung den Krebs besiegen? Auf Zypern haben Sie Ihren Masterplan in den Mittelpunkt Ihrer ersten großen Rede als Spitzenkandidat gestellt und damit unterstrichen, dass er auf Ihrer Agenda ganz oben steht. Aber haben Sie sich bei den bedeutenden deutschen Krebszentren kundig gemacht, ob die Forscher vor Ort in der Zentralisierung der Forschung auf EU-Ebene einen Fortschritt sehen? Ihr zentralistischer Ansatz passt natürlich zum Konzept von “mehr Europa”. Aber die Erfahrung in aller Welt zeigt, dass Zentralisierung selten zu mehr Innovation, aber oft zu mehr Bürokratie führt. Sie beschweren sich – oft zu recht – darüber, dass Politiker Ängste schüren. Für uns ist es genauso kritikwürdig, wenn ein medizinischer Laie wie Sie unerfüllbare Versprechungen macht.

Wer außer Ihnen kann sich vorstellen, dass Sie als künftiger Kommissionspräsident die EU aus der Krise führen? Wir meinen, es wäre gut für Europa und Deutschland, wenn Sie nicht Kommissionspräsident würden. Ungeachtet dessen wünschen wir Ihnen für Ihren persönlichen Lebensweg alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Olaf Henkel Bernd Kölmel Joachim Starbatty Ulrike Trebesius